

Die Schiffskatastrophe von Cutro: ein Jahr danach

Ein Bericht des Arci¹



Vorwort

1. Schiffbruch – und keine Rettung
2. Die von der Zivilgesellschaft erhobenen Beschwerden in Bezug auf die Verantwortung der Institutionen
3. Die Prozesse gegen die mutmaßlichen Schleuser (*ordentliches Verfahren – abgekürztes Verfahren – zu eröffnende Gerichtsverfahren*)
4. Die Nebenkläger*innen
5. Die Forderungen der Überlebenden und der Angehörigen der Opfer (*Die Überlebenden - Die Einreise von Familien der Opfer nach Italien - Die Identifizierung und Bestattung der Leichen*)
6. Schiffbruch der Rechte: Gesetz Nr. 50/2023 (*besonderer Schutz - die CPRs - Kriminalisierung - die Inhaftierung von Asylsuchenden*)

Fazit

¹ Arci ist ein landesweiter Verein zur kulturellen und sozialen Förderung. Dieser Bericht entstand für den Nationalen Arci, Bereich Migration.

Vorwort

Ein Jahr nach dem Schiffsunglück in Steccato di Cutro (Kalabrien) fasst dieses Dokument zusammen, wie die Überlebenden, die Familien der Verstorbenen und die Zivilgesellschaft für Wahrheit und Gerechtigkeit für die Opfer kämpften.

Am 9. März, nur wenige Tage nach der Tragödie tagte die Regierung unter Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Cutro, um ein Gesetzesdekret zu verabschieden, das nur wenige Meter von der Unglücksstelle vom 26. Februar entfernt, beschlossen wurde.

Dabei hielt es die Regierung nicht für nötig, den Opfern an ihren Särgen die letzte Ehre zu erweisen, geschweige denn Solidarität mit den Hinterbliebenen zu bekunden.

Dies ist eine beschämende Entscheidung, die sich in den Versuch einreicht, den Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Gewalt und Konflikten nach Italien fliehen, ihre Menschenwürde zu nehmen. Die Entmenschlichung von Flüchtenden dient dem italienischen Staat dabei als Legimitationsgrundlage, um Entscheidungen durchzusetzen, die andernfalls als unsinnig, ungerecht und den Interessen des Staates zuwiderlaufend empfunden würden. Die Entwürdigung der Opfer des Schiffsunglücks von Cutro - von denen die meisten aus Afghanistan stammten - hat jede öffentliche Debatte über Einwanderung und jede gesetzgeberische Maßnahme, die auf die Katastrophe folgte, noch inakzeptabler gemacht.

Der vorliegende Bericht legt (1) die Fakten dar, die uns vorliegen. Er dokumentiert und beschreibt die Ereignisse und stellt sie in den Kontext der italienischen und europäischen Grenzpolitik, die wir seit Jahren als Hauptursache für den Tod von Migrant*innen anprangern.

Er liefert (2) eine Zusammenfassung der Klage, die Arci zusammen mit zahlreichen anderen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft eingereicht hat und berichtet über die laufenden Ermittlungen gegen die Institutionen, die rechtlich dazu verpflichtet gewesen wären, Seenotrettung zu leisten.

Danach (3) beschreibt der Bericht zusammenfassend die Kriminalisierung von fünf der Überlebenden, der sogenannten „scafisti“ („Bootsfahrer“ / „Schleuser“), die bis heute in italienischen Gefängnissen inhaftiert sind. Einer von ihnen wurde bereits zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Darüber hinaus untersuchen wir das Vorgehen der Akteur*innen, die als Nebenkläger*innen im Verfahren auftreten, darunter die Region Kalabrien und die italienische Regierung, was wir für völlig unangemessen halten.

Anschließend werden (5) sowohl die Lebensumstände als auch die praktischen und politischen Forderungen der Überlebenden und der Angehörigen der Verstorbenen dargelegt. Zum Abschluss (6) unseres Berichtes werden die Auswirkungen des Gesetzesdekrets 50/23, des sogenannten „Cutro-Dekret“ erläutert.

Neben der Verschärfung der Strafen für Geflüchtete, die als sogenannte "scafisti" kriminalisiert werden, hat das Gesetz (das zu Unrecht den Namen des Ortes dieses Massakers trägt) nichts anderes getan, als Migrant*innen in Italien zu bestrafen. So wurden Tausende von Migrant*innen daran gehindert, ihren Aufenthaltsstatus zu legalisieren und die Dauer der Abschiebehaft wurde massiv verlängert (unter Missachtung von Artikel 13 der italienischen Verfassung).

Es handelt sich um eine Verletzung der Menschenrechte, für die Italien sicherlich sowohl rechtlich als auch ethisch verurteilt werden wird.

1. Schiffbruch – und keine Rettung

Im Jahr 2021 kamen mehr als 11.000 Menschen in Kalabrien an, im Jahr 2022 mehr als 18.000². Die Überfahrten von Griechenland und der Türkei an die kalabrische Küste, die nach der Pandemie wieder aufgenommen wurden, haben eine jahrzehntelange Geschichte. Im Laufe dieses Zeitraums haben die lokalen Behörden Verfahren zur Sichtung, Rettung und Aufnahme von Migrant*innen entwickelt, während zeitgleich die italienischen Grenzen immer weiter geschlossen wurden.

Das bedeutet auch, dass weder die Ankunft noch der Schiffbruch des Motorseglers *Summer Love* vor Cutro für die italienischen und europäischen Behörden unvorhersehbar waren. Im Mai des Vorjahres hatte sich wenige Meter vor Siderno in der Nähe von Reggio Calabria ein weiteres Unglück ereignet, bei dem zwei Menschen ums Leben kamen.

Nach Angaben von Überlebenden lief am 22. Februar 2023, gegen 3.00 Uhr morgens ein Boot von einem Strand in Çeşme, in der Türkei, aus. Es befanden sich mindestens 181 Menschen verschiedener Nationalitäten und Alters an Bord. Sie hatten Çeşme von Istanbul aus erreicht, wo sie in einem "safe house", einem Sammelplatz, zusammengepfertcht waren und auf die Weiterreise in die EU warteten. Das erste Boot, mit dem sie unterwegs waren, hatte nach etwa drei Stunden technische Probleme und wurde durch ein anderes Boot (ein Gulet, ein traditionelles, meist motorbetriebenes großes Segelboot), die *Summer Love*, ersetzt, mit der alle Passagiere weiterreisen konnten. Trotz der Tatsache, dass die *Summer Love* ebenfalls Probleme mit dem Motor hatte, die vom Mechaniker an Bord behoben wurden, konnte die Reise fortgesetzt werden. Insgesamt dauerte die Überfahrt vier Tage.

Die erste Sichtung des Schiffes scheint in der Nacht des 25. Februar erfolgt zu sein, als um 21:26 Uhr ein Frontex-Flugzeug, die *Eagle 1*, das Boot etwa 40 Meilen südöstlich von Isola Capo Rizzuto ortete. Frontex vermutete zu diesem Zeitpunkt bereits, dass sich auf dem Schiff Flüchtende befanden.

Um 02:20 Uhr am Morgen des 26. Februar gab die 'Abteilung für Luft- und Schifffahrtsoperationen der *Guardia di Finanza* (Zollpolizei) von Vibo Valentia der 'Abteilung für Marineeinsätze' der *Guardia di Finanza* von Crotona die Anordnung, auszulaufen, um das Segelboot zu überprüfen. Dazu gesellte sich auch ein Patrouillenboot der *Guardia di Finanza Aeronavale* der Gruppe Taranto, das zehn Minuten später seinen Liegeplatz verließ.

Nach einer Stunde, gegen 03:30 Uhr, waren die beiden Boote aufgrund der schlechten Wetterbedingungen gezwungen, ihren Kurs zu ändern, die Fahrt zu beenden und in den Hafen von Crotona zurückzukehren.

Um circa 03:40 Uhr meldete die Einsatzzentrale der *Guardia di Finanza* von Vibo Valentia ihre Rückkehr an die Schifffahrtsbehörde in Reggio Calabria. Die verantwortlichen Beamt*innen forderten bei der Schifffahrtsbehörde weitere Boote an, um den Einsatzort zu erreichen, erhielten jedoch keine Antwort.

Um 03:50 Uhr erfasste die Einsatzzentrale über das KüstenradarNetz ein Ziel, das augenscheinlich mit dem Frontex-Bericht übereinstimmte und kontaktierte die *Carabinieri* von Crotona. Diese berichteten, sie hätten einen Anruf erhalten, dass ein Boot mit Migrant*innen in den Gewässern vor Steccato di Cutro gesichtet worden sei, was mit der Ortung der *Guardia di Finanza* übereinstimmte.

Die *Guardia di Finanza*, fuhr zwischen 04:30 und 04:45 Uhr mit zwei separaten Patrouillen aus, um sich an den Ort zu begeben, an dem sich das Boot befand. Dort trafen sie um 05:30 Uhr ein und mussten vor Ort feststellen, dass das Gulet Schiffbruch erlitten hatte, woraufhin die Einsatzkräfte mit der Rettung der Überlebenden und der Bergung der Leichen begannen.

² Daten von *Polizia moderna* (offizielles Magazin der Staatspolizei) 04/2023



2. Die von der Zivilgesellschaft eingereichten Klagen im Hinblick auf die Verantwortung der Institutionen

Auf der Grundlage der unter Punkt 1 beschriebenen Chronologie der Ereignisse wurden drei Klagen bei der Staatsanwaltschaft von Crotona eingereicht, die nun in einem einzigen Verfahren behandelt werden.³ Die von Arci, Asgi⁴ und anderen Organisationen erhobene Klage wurde am 9. März 2023 von Arturo Salerni, einem Rechtsanwalt aus Rom, eingereicht. Dabei handelt es sich nicht nur um einen symbolischen Akt. In dem Verfahren hat der Staatsanwalt Pasquale Festa, der auch für das laufende Verfahren gegen die mutmaßliche Besatzung des Motorseglers zuständig ist, am 17. März 2023 einen Bericht des zuständigen technischen Beraters in Auftrag gegeben.

Die von der Staatsanwaltschaft für das technische Gutachten gestellten Fragen zielten darauf ab, den genauen Verlauf der Fluchtroute sowie den Hergang des Schiffbruchs zu untersuchen. Das Gutachten wurde am 4. August 2023 vorgelegt, und erklärte, dass die Informationen, die die *Eagle 1* den lokalen Behörden, die sich um unerlaubte Einreisen in italienisches Territorium kümmern, zur Verfügung gestellt hatte, irreführend und unrichtig waren.

Am 25. Mai 2023 erließ die Staatsanwaltschaft Crotona (noch in Erwartung des Gutachtens) einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss⁵ gegen drei Personen (zwei Mitarbeiter der *Guardia di Finanza* in Vibo Valentia und ein Kommandant der *Guardia di Finanza* in Taranto). Es wird wegen Verweigerung von Amtshandlungen, fahrlässiges Herbeiführen der Havarie und fahrlässiger Tötung in Mittäterschaft ermittelt.

Das gleiche Ermittlungsverfahren umfasst drei weitere Verdächtige, deren Identitäten geschützt sind. Im Falle des Frontex-Personals wäre die Weglassung der Namen nicht nötig, da die ständigen Mitglieder der Agentur Immunität von der Strafgerichtsbarkeit genießen, die nur nach dem Ermessen des Exekutivdirektors oder des Staates, dem sie angehören, aufgehoben werden kann.

³ 386/2023 mod. 44 RGNR

⁴ Asgi: Associazione per gli studi giuridici sull'immigrazione – Verein juristischer Studien zur Immigration

⁵ 1584/2023 mod. 21 RGNR

Nach Abschluss der Ermittlungen erfuhr man aus der Presse, dass unter den Einträgen im Register der Verdächtigen auch drei Angehörige der italienischen Küstenwache waren (einer vom ICC-Frontex-Zentrum in Pomezia und zwei vom Hafenamt in Reggio Calabria)⁶.

Die Zuständigkeiten können weder ausschließlich bei Frontex noch bei den italienischen Behörden ausgemacht werden. Im Rahmen des Verfahrens präsentierte Frontex (aufgrund einer Vorlageverfügung der Staatsanwaltschaft von Crotone) einen Bericht des Frontex-Grundrechtbüros vom 17. November 2023, in dem festgestellt wird, dass die maritimen Koordinierungszentren - sowohl das internationale (ICC, *International Coordination Center*) als auch das italienische (IMRCC, *Italian Maritime Rescue Coordination Center*) - trotz der Aufforderung des Frontex-Büros - nicht auf Fragen zum Sachverhalt geantwortet haben. Darüber hinaus argumentierte das Frontex-Büro, dass in Fällen wie diesem eine enge Überwachung und Unterstützung durch die italienische Koordinierungsstellen unerlässlich ist.

Das Dokument des Frontex-Grundrechtbüros verweist auf die klare Verantwortung des italienischen Personals, das sich in der Zentrale in Warschau befindet sowie des IMRCC in Rom.

Die Staatsanwaltschaft wird in den kommenden Monaten über dieses Verfahren entscheiden.

Wir erwarten, dass Anklage erhoben wird und ein Richter die juristische Verantwortung für den Tod der mehr als 105 Opfern dieser Schiffshavarie feststellt. Wir wollen auf keinen Fall, dass das Verfahren mit einer Verjährungserklärung endet, wie es beim Prozess zum Schiffsunglück vom 11. Oktober 2013 der Fall war, bei dem die Feststellung der Verantwortung im Sand verlief, ein absolut unbefriedigendes Ergebnis für alle Beteiligten.⁷

Noch viel weniger akzeptieren wir eine Archivierung und damit den Abschluss der Untersuchungen, denn das würde bedeuten, dass die Verantwortung auf die fünf überlebenden Migranten abgewälzt würde, die als Schmuggler vor Gericht stehen und die selbst Opfer der italienischen und europäischen Grenzpolitik sind. Die Wahrheit über das Vorgehen der Küstenwache, der *Guardia di Finanza* und der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex muss zum Wohle aller Betroffenen so rasch wie möglich geklärt werden, um ein für alle Male sicherzugehen, dass sich so eine Tragödie nie mehr wiederholen kann.



⁶ Giusi Fasano und Carlo Macì, *Corriere della Sera* 14/02/2024.

⁷ ASGI, *Kinder, die Opfer einer Tragödie*, 11. Oktober 2013 5/01/23

3. Die Prozesse gegen die mutmaßlichen Schleuser

In den Tagen nach der Katastrophe wurden die Überlebenden von der Polizei als Zeug*innen vernommen und zwischen April und Juli wurden elf weitere Personen befragt. Als Ergebnis dieser Befragungen wurden sechs Personen als Mitglieder der Besatzung der *Summer Love* identifiziert: der Syrer Mohamed Abdessalem, Sami Fuat, Bayram Guler und Gun Ufuk aus der Türkei, Khalid Arslan aus Pakistan und Hussain Hasab.⁸ Von ihnen überlebten nur fünf. Bayram, den alle als den Kapitän bezeichneten und der das Boot maßgeblich führte, kam bei der Havarie ums Leben. Er ist heute auf dem Friedhof von Crotone begraben.

Die fünf Männer wurden gemäß Artikel 12 des italienischen Migrationsgesetzes über 'Beihilfe zur unerlaubten Einwanderung', mit den erschwerenden Umständen, sowie wegen fahrlässigem Herbeiführen von Havarie und 'Tod infolge einer anderen Straftat' beschuldigt. Von den genannten Straftatbeständen stellt der Artikel 12 mit einer Höchststrafe von 15 Jahren und einer Geldstrafe von 25.000 Euro pro beförderter Person den höchsten Strafrahmen dar.

Mit anderen Worten: Der Hauptgrund für die Anklage ist die Beihilfe zur Einreise von Geflüchteten und nicht der Tod hunderter Opfer. Dieser Logik folgend hat Italien in den letzten zehn Jahren bereits mehr als 3.200 Personen verhaftet, die meisten von ihnen im Zusammenhang mit Anlandungen, bei denen niemand während der Reise verstarb.

In diesem Fall, und wie in so vielen anderen, die wir seit langem anprangern, dient die Kriminalisierung durch den Vorwurf der Beihilfe zur unerlaubten Einreise von Migrant*innen einerseits als Sündenbockstrategie und andererseits als Mittel für die Abschottungs- und Diskriminierungspolitik Italiens auf nationaler und europäischer Ebene. Dieser kriminalisierende Ansatz, aufgrund dessen derzeit rund 1.000 Nicht-EU Bürger*innen inhaftiert sind, scheitert nicht nur bei dem angestrebten Ziel Schiffbrüche zu verhindern, sondern führt in einigen Fällen erst zu ebendiesen Schiffskatastrophen. So kann es vorkommen, dass die Bootsführer in der Nähe der italienischen Küste das Steuer an jemand anderen übergeben, um nicht als ‚Schleuser‘ identifiziert werden.⁹ Darüber hinaus werden viele der Angeklagten in Gefängnissen in Kalabrien inhaftiert, in Strafvollzugsanstalten, die gravierende Probleme bei der Wahrung grundlegender Menschenrechte von Gefangenen im Allgemeinen und von ausländischen Gefangenen im Besonderen aufweisen.¹⁰

Ordentliches Gerichtsverfahren

Fuat, Arslan und Hasab wurden kurz nach dem Schiffbruch verhaftet und befinden sich seit diesem Tag im Gefängnis. Sie haben sich für das ordentliche Gerichtsverfahren entschieden. Die Verhandlungen, die am 4.10.2023 begannen, sind noch nicht abgeschlossen: Die nächste Anhörung findet am 10. April 2024 statt.

Arslan und Hasab wird nicht vorgeworfen, bei der Überfahrt eine aktive Rolle übernommen zu haben, sondern die Passagiere von ihrer Unterkunft in Istanbul zum Abfahrtsort in Izmir begleitet zu haben. Tatsächlich hatten die beiden jungen Männer aus Pakistan, die sich seit mehreren Jahren in der Türkei aufhielten und versuchten, nach Europa zu gelangen (und mehrfach abgewiesen worden waren), die türkische Sprache gelernt. Sie waren daher als Übersetzer zwischen den Schiffskapitänen und den Passagieren geeignet, von denen die meisten Farsi und Urdu sprachen.

⁸ Husein Hasab war früher bereits unter einem anderen Namen und als minderjährig registriert worden.

⁹ Siehe Reportage von Arci 'Porco Rosso' und Alarm Phone, Vom Meer ins Gefängnis: Die Kriminalisierung der sogenannten Schleuser, 2021

¹⁰ ARCI 'Porco Rosso', 'Kapitäne hinter Gittern', 19. Report von Antigone, 2023

Fuat hingegen, kurdisch-türkischer Herkunft, erklärte, dass er als Passagier völlig unbeteiligt am Geschehen gewesen sei. Er sei als Teil der Besatzung identifiziert worden, weil er einer der wenigen türkischen Staatsbürger an Bord war. Tatsächlich beschrieb ihn keiner der Passagiere als Teil der Besatzung.

Abgekürztes Gerichtsverfahren

Der türkische Staatsangehörige Ufuk betätigte sich laut seiner Aussage als Mechaniker des Bootes als Gegenleistung für die Überfahrt. Er war einer der ersten, die von Bord gingen und erreichte schwimmend das Ufer. Zusammen mit dem syrischen Angeklagten gelangte er anschließend nach Bari, um in einem Zug Richtung Norden zu reisen und in Deutschland Asyl zu beantragen. In der Türkei war er der Unterstützung des Putsches gegen Erdoğan beschuldigt worden. In Österreich wurde er jedoch festgenommen und nach Italien ausgeliefert. Ufuk entschied sich für das abgekürzte Verfahren und wurde am 7. Februar zu 20 Jahren Freiheitsstrafe und zu einer Geldbuße von drei Millionen Euro verurteilt. Darüber hinaus wurde er verpflichtet, die Nebenkläger*innen zu entschädigen (siehe unten).

Die zu eröffnenden Gerichtsverfahren

Der letzte Angeklagte ist der Syrer Mohamed Abdessalem, gegen den bereits im Juli 2021 ermittelt worden war. Nach seiner Ankunft in Apulien war er nach Griechenland weitergereist, wie die damalige Polizeioperation "Astrolabio" ermittelt hatte.¹¹ Nach seiner Rückkehr nach Italien an Bord der *Summer Love* wurde er aufgegriffen und im Zusammenhang mit der ersten Ankunft im Jahr 2021 im Gefängnis von Lecce inhaftiert.

Am 5. Dezember 2023 wurde gegen ihn ein Haftbefehl im Zusammenhang mit dem Schiffbruch von Cutro erlassen. Dieser Prozess hat noch nicht begonnen.

Bei der letzten Anhörung in einem ordentlichen Verfahren am 14. Februar 2024 wurde außerdem bekannt, dass die Antimafia-Direktion des Distriktes von Catanzaro ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Beihilfe zur unerlaubten Einwanderung aus der Türkei nach Italien eingeleitet hat.

Im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen muss erwähnt werden, dass die Antimafia-Direktion des Bezirkes von Catanzaro nach dem Schiffbruch vom 3. Oktober 2013 eine Reihe von langwierigen und kostspieligen Ermittlungen eröffnet hatte, die die zu einer Verwechslung von Personen führten, in diesem Fall zur Auslieferung von Medhanie Berhe aus dem Sudan, der fälschlicherweise als einer der Drahtzieher eines vermeintlichen Schmuggler*innenrings identifiziert worden war.¹²

Die mögliche Zusammenarbeit zwischen italienischen Strafverfolgungsbehörden und denen der Türkei, einem Land, das in den letzten Jahren für seine hartnäckigen Verfolgungen und repressive Regierung bekannt geworden ist, ist besorgniserregend.

¹¹ OCC 3232/20 RGNE; viz. Dia, *Relazione semestrale*, 2022: I

¹² Siehe Lorenzo Tondo, *Il generale*, 2018

4. Nebenkläger*innen

Mehrere Akteur*innen sind als Nebenkläger*innen an den Verfahren gegen die mutmaßlichen Schmuggler beteiligt. Neben einigen Überlebenden und Angehörigen der Verstorbenen gehören auch das Innenministerium, das Büro des Premierministers und die Region Kalabrien dazu.

Die Beteiligung der Nebenkläger*innen warf eine wichtige Frage im Hinblick auf die finanzielle Entschädigung der Opfer auf, woraufhin Innenminister Piantedosi ankündigte, dass der Garantiefonds für Straßenverkehrstopfer zur Verfügung stehen würde.

Der Fonds, welcher vom Verkehrsminister abhängt, welcher nicht am Verfahren beteiligt werden möchte, wurde jedoch von der Senatorin und Rechtsanwältin Bongiorno vertreten. Sie erhob Einspruch gegen die Verspätung ihrer Vorladung, da diese erst nach der Vorverhandlung erfolgte.

Trotz des Fehlens eines Garantiefonds schlossen sich die staatlichen Institutionen als Nebenkläger*innen mit einer Reihe von beschämenden Begründungen an, wie „de[m] immense[n] Imageschaden, der auch in Anbetracht der touristischen Nutzung der Küsten wirtschaftlich zu bewerten ist“, „eine ständige Erhöhung der Mittel (und Kosten) für die Kontrolle [...] der illegalen Einwanderung¹³, mit der Einrichtung angemessener Infrastruktur für die Aufnahme von Migrant*innen [...] für die Kontrolle auf See, die Kontrolle an Land, die Rettung sowohl auf See als auch an Land ...“. Jede*r Nebenkläger*in forderte mehr als eine Million Euro Schadenersatz. Mit der Verurteilung von Gun Ufuk ordnete der Richter auch die Entschädigung der Nebenkläger*innen in einer von einem Zivilrichter zu bestimmenden Höhe an.



5. Die Forderungen der Überlebenden und Angehörigen der Opfer

Die Überlebenden

67 Personen haben das Schiffsunglück überlebt. Nach Angaben der Regierung haben 18 von den Überlebenden, zusätzlich zu den fünf festgenommenen und derzeit inhaftierten Personen, in Italien Asyl beantragt und wurden in den Aufnahmeeinrichtungen (SAI, Sistema Accoglienza Integrazione) untergebracht. Währenddessen haben 53 um die Teilnahme am Umsiedlungsprogramm in andere

¹³ Zitat, wir nutzen die Wortwahl ‚unerlaubte Einreise‘, Anm. der Red.

europäische Länder gebeten: 14 von ihnen verließen Italien aber bereits vor Abschluss des langwierigen Verfahrens.¹⁴

In den Tagen nach dem Schiffbruch traf kein*e Vertreter*in der Regierung die Familien der Verstorbenen und Überlebenden. Und dies, obwohl die Regierung in den Tagen nach der Katastrophe in Cutro tagte. Sie hütete sich davor, den Familien und Überlebenden ihr Beileid auszusprechen. Wären die Toten Italiener*innen oder Europäer*innen gewesen, hätten die Minister*innen und Parteisekretär*innen dafür Schlange gestanden. Aber für die Toten, die vor Verfolgung wie der der Taliban in Afghanistan fliehen, bietet die Regierung keine Form des menschlichen Mitleids.

Die Familienangehörigen, die in den Tagen nach dem Schiffbruch aus der ganzen Welt kamen, wurden im Wesentlichen von Freiwilligen und Aktivist*innen unterstützt. Die Zivilgesellschaft füllte die institutionelle Lücke. Auch die Überlebenden fanden keine würdige Aufnahme, insbesondere in den Tagen nach der Katastrophe: Sie wurden in einem Hangar zusammengepfercht, viele von ihnen ohne ein richtiges Bett zum Schlafen.¹⁵

Die Einreise der Familien der Opfer nach Italien

Am 16. März 2022 traf der Ratspräsident in Rom mit einigen Angehörigen der Opfer zusammen, um das schwere Versäumnis, die Angehörigen nicht früher getroffen zu haben, teilweise nachzuholen. Während des Treffens wurde den Angehörigen versprochen, dass ihre Familienmitglieder, die auf der anderen Seite des Mittelmeers geblieben waren, nach Europa einreisen dürfen: Sie müssten der Präfektur lediglich eine Namensliste vorlegen. Bislang wurde jedoch niemandem die Einreise nach Italien gestattet. Als Antwort auf den Vorwurf, die Versprechen seien nichtig gewesen, versuchte das Außenministerium die Verantwortung auf die Regierung abzuwälzen: Das Versprechen sei nicht gehalten worden, weil es sich um eine „Familienzusammenführung“ gehandelt hätte, deren bürokratische Schwierigkeiten und Erfolgsaussichten bekannt sind. Wenn überhaupt, hätte die Einreise über die „humanitären Korridore“ erfolgen können. Wie auch immer man sie nennen will, ein Jahr nach dem Versprechen der Regierung ist immer noch keine Lösung gefunden worden. Wir glauben, dass das gebrochene Versprechen eine Frage des politischen Willens ist, nicht der Logistik oder der Bürokratie. Ein am 15. Februar 2024 veröffentlichter Videoanruf einer Gruppe von Überlebenden afghanischer Staatsangehörigkeit, die jetzt in Deutschland leben, ohne stabilen Rechtsstatus, wiederholt die Bitte an die italienische, deutsche und europäische Regierung, die Wiedervereinigung mit ihren Verwandten zu ermöglichen, die noch außerhalb Europas leben.¹⁶

¹⁴ Präsidentschaft des Ministerrats, [Sopravvissuto al naufragio di Cutro, procedono le operazioni di ricollocazione](#) (Überlebende des Schiffbruchs von Cutro, Umsiedlungsoperationen gehen weiter), 07/04/2023.

¹⁵ Verein Med.Med, ['Naufragio di Cutro, a un mese dalla strage di Stato'](#) (Cutro-Schiffsbruch, einen Monat nach dem staatlichen Massaker), Melting Pot, 26/03/2023.

¹⁶ Verein Med.Med, [Testimonies from the shipwreck of Cutro: the Afghan and Syrian survivors](#), Youtube, 16/02/2024.

Die Identifizierung und Bestattung der Leichen



Mindestens 105 Menschen wurden Opfer des Schiffsunglücks: 94 Leichen wurden geborgen - die letzte fast zwei Monate nach der Katastrophe - und mindestens 11 Personen werden vermisst. Unter den Verstorbenen waren 35 Minderjährige. Nach einer Reihe von Lobbying-Aktionen von Familienmitgliedern und der Zivilgesellschaft genehmigte die Staatsanwaltschaft von Crotona am 15. März 2023 die Übermittlung der DNA der potenziellen Angehörigen, um die Identifizierung der letzten Leichen zu erleichtern. Durch visuelle Erkennung und wissenschaftliche Identifizierung war es somit möglich, den meisten der Verstorbenen Namen zu geben. Diese waren afghanischer, pakistanischer, tunesischer, iranischer, syrischer und palästinensischer Herkunft. In den Märzwochen wurden die Särge der Opfer im Sportpalast von Crotona deponiert, während die Rückführungen von den jeweiligen Botschaften, Familienangehörigen und Verbänden organisiert

wurde. Die meisten Leichen wurden in die Länder überführt, in denen sich die Angehörigen derzeit aufhalten, sowohl in Europa als auch im Ausland. Mehrere Leichen, von denen einige noch nicht identifiziert werden konnten, wurden stattdessen auf den Friedhöfen von Bologna, Crotona, Cutro und Paola beigesetzt.

Der Umgang mit der Identifizierung der Opfer und ihrer Beerdigung hat erneut eine Reihe schwerwiegender Probleme und Unzulänglichkeiten seitens der italienischen öffentlichen Verwaltung auf lokaler und nationaler Ebene offenbart, obwohl die Verbrechen an Migrant*innen aufgrund der italienischen und europäischen Grenzschließungspolitik schon seit Jahrzehnten andauern. Erstens mangelt es in Crotona, wie auch in Lampedusa und vielen anderen Gemeinden, an Leichenkammern, in denen die Opfer von unerlaubten Grenzübertritten würdig aufbewahrt werden können und die nicht den Bestimmungen der neuen Leichenschauverordnung entsprechen.¹⁷ Zweitens fehlt ein offizielles, standardisiertes Verfahren zur Identifizierung der Leichen: Nach jeder Katastrophe sind es die Familienangehörigen und die Zivilgesellschaft, die die nachlässigen Behörden dazu drängen, ihrer Pflicht nachzukommen, obwohl dies in internationalen Abkommen vorgeschrieben ist.¹⁸ Außerdem gibt es immer noch keine Stelle, die für die Identifizierung verstorbener Migrant*innen zuständig ist: Dieser Mangel führt zu Schuldzuweisungen zwischen der Öffentlichkeit und den Gerichtsmediziner*innen. Es muss ein Kanal geschaffen werden, über den sich Ausländer*innen an die italienischen Behörden wenden können, um zu überprüfen, ob ihre Angehörigen auf der Reise gestorben sind. Schließlich ist es dringend erforderlich, die Daten über die Todesfälle zu sammeln und zu zentralisieren: Es geht um das zivile und historische Gedächtnis Italiens, Europas und des Mittelmeerraums. Dies ist ein Phänomen, das unsere Gegenwart prägt und für das wir zur Rechenschaft gezogen werden, damit niemand sagen kann, er habe es nicht gewusst.

¹⁷ DPR 285/1990

¹⁸ [The Mytilini Declaration for the Dignified Treatment of all Missing and Deceased Persons and their Families as a Consequence of Migrant Journeys](#), 2018.

6. Schiffbruch der Rechte: Gesetz Nr. 50/2023

Nach der Tragödie von Steccato di Cutro hat die Regierung statt einer Politik zur Verhinderung weiterer Massaker erneut den Weg der Einschränkung von Rechten und schließlich der Wahlpropaganda eingeschlagen. Sie hat Schutzmaßnahmen und Legalisierungsmöglichkeiten abgeschafft, die Einwanderung kriminalisiert und die Strafen verschärft. Diejenigen, die auf ein Gesetz gehofft hatten, das solche staatlichen Verbrechen verhindern und legale und sichere Einreisekanäle eröffnen würde, wurden bitter enttäuscht.

In einem Jahr hat die Regierung eine noch nie dagewesene Anzahl von Gesetzesänderungen, Abkommen und politischen Interventionen, wie bspw. die Abkommen mit Tunesien und Albanien, durchgebracht. Die Absicht dahinter ist, denjenigen, die nach Italien kommen wollen, um Schutz zu suchen, möglichst viele Steine in den Weg zu legen. Sie will die Verantwortung für die Gewährleistung des Asylrechts auf die Nachbarländer abwälzen.

Nur zehn Tage nach dem Schiffsunglück vom 9. März 2023 fand im Rathaus von Cutro eine Sitzung des Minister*innenrats statt. Anstatt sich mit den Überlebenden und den Familien der Opfer zu treffen, stellte der Präsident ein Gesetzesdekret zur Einwanderung vor. Das Dekret zielt darauf ab, die ausländische Bevölkerung in Italien zu bestrafen und die Strafen gegen die so genannten Schmuggler*innen der Grenzschließungspolitik zu verschärfen. Die letzten 12 Monate seit der Einführung des Dekrets DL 20/2023 hatten katastrophale Auswirkungen auf das Leben von Tausenden von Menschen. Zahlreiche rechtliche und politische Kritikpunkte wurden gegen diese Maßnahme vorgebracht.¹⁹



¹⁹ Das Dekret 2/2023 wurde im Mai 2023 zum Gesetz 50/2023

Besonderer Schutz

Die Entscheidung, den besonderen Schutz (in Teilen) aufzuheben (Art. 7 des Dekrets) – so z.B. die Zuerkennung des Titels, der aufgrund des Schutzes des Privat- und Familienlebens gemäß Art. 8 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) besteht - hatte die vorhersehbare und unvermeidliche Folge, dass die Bedingungen für einen unerlaubten Aufenthalt im Staatsgebiet zunahmen. Dies hat die soziale Marginalität verschärft und folglich den Schutz der Rechte der gesamten Bevölkerung vermindert. Damit werden sowohl die Verfassung als auch die EU-Grundrechtscharta mit Füßen getreten, und Zehntausende von Menschen können ihren Aufenthalt in Italien nicht legalisieren, darunter auch Menschen, die seit Jahren in Italien leben, arbeiten und Familien gründen. Eine Situation, die unser Land bereits erlebt hat, als das „Sicherheitsdekret“ von 2018 mit identischer politischer Matrix den humanitären Schutz abschaffte.

Die Abschiebehaftzentren (CPR)

Als ob das Leben der Migrant*innen nicht schon prekär genug wäre, sehen die Artikel 6 und 10 des Gesetzes eine Abweichung von den Vorschriften über die Vergabe von Aufträgen für den Ausbau von Verwaltungshaftanstalten und die direkte Übertragung der Verwaltung von Gütern und Dienstleistungen an den Beauftragten des Leitungsorgans der Aufnahmezentren vor. So wie das „Sicherheitsdekret“ Verhandlungsverfahren für die Vergabe von Aufträgen für den Bau und Erweiterung der CPR vorsah, hat das „Cutro-Dekret“ erneut den Wunsch geweckt, die Regeln der Transparenz und der Rechtmäßigkeit bei den öffentlichen Vergabeverfahren zu umgehen. Dies hat gezeigt, falls das überhaupt noch nötig war, dass der rechte Flügel unseres Landes auf die Interessen der Unternehmer*innen reagiert, indem er die Garantien und Kontrollen bei der Verwaltung der öffentlichen Gelder umgeht. Schließlich wird die Dauer der Verwaltungshaft auf 18 Monate erhöht. Vor diesem Hintergrund geriet das derzeitige CPR-System in den letzten Monaten unter heftige Kritik: zunächst wurde das CPR in der Via Correlli in Mailand im Dezember unter staatliche Verwaltung gestellt, dann kam es zu Protesten in Milo und Caltanissetta (Sizilien) und gipfelte schließlich in den Selbstmordprotest von Ousmane Sylla im CPR in Rom Anfang dieses Monats.²⁰

Kriminalisierung

Die dritte wesentliche Reformmaßnahme des „Cutro“-Dekrets richtete sich gegen die so genannten Schlepper*innen, wobei die geltenden Strafen verschärft und der neue Straftatbestand „Tod und Körperverletzung als Folge von Einwanderungsdelikten“ eingeführt wurde (Artikel 12a des konsolidierten Einwanderungsgesetzes). Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Maßnahmen hauptsächlich rhetorischer Natur sind und kaum konkrete Auswirkungen haben. Die Erhöhung des Strafmaßes hat kaum Auswirkungen auf Personen, die wegen Beihilfe zur unerlaubten Einreise kriminalisiert werden, vor allem wenn man den weiten Strafrahmen der Vorschrift bedenkt (6 bis 16 Jahre Freiheitsentzug). Obwohl eine Straftat nach Artikel 12a mit einer Strafe von bis zu 30 Jahren bedroht wäre, könnte man bereits zu einer solchen Strafe verurteilt werden, da sie sich mit anderen bestehenden Straftaten überschneidet (z. B. Tod als Folge einer anderen Straftat). Ein Beispiel dafür ist die bereits erwähnte Verurteilung des türkischen Staatsbürgers Ufuk zu 20 Jahren Haft (30 Jahre, die aufgrund der Wahl des abgekürzten Verfahrens um ein Drittel reduziert wurden) wegen des Schiffbruchs in Cutro.

²⁰ Arci, Arci Porco Rosso, ASGI, borderline-europe, LasciateCIEntrare, Maldusa, Mem.Med, [Zwischen den Trümmern des Abschiebezentrums von Trapani-Milo: Stimmen aus einer unwürdigen Haft, während der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte \(EGMR\) Italien verurteilt](#), 7/02/2024

Inhaftierung von Asylsuchenden

Mit dem Gesetzesdekret wird ein beschleunigtes Grenzverfahren für Ausländer*innen aus sogenannten „sicheren“ Herkunftsländern eingeführt (Artikel 7a). Außerdem wird eine generelle Inhaftierung von Asylsuchenden eingeführt, die „keinen gültigen Reisepass oder ein anderes gleichwertiges Dokument vorlegen oder eine angemessene finanzielle Sicherheit leisten“ (Artikel 6a). In einem weiteren Erlass wurde die Höhe dieser Sicherheitsleistung auf 4.938 € festgelegt.²¹

Darin zeigt sich der eindeutige Wille der Regierung, alle Asylsuchenden aus sog. „sicheren“ Ländern während des Grenzverfahrens wahllos in geschlossenen Einrichtungen in Gewahrsam zu nehmen und sie im Falle eines negativen Ergebnisses bis zur Rückführung für einen Zeitraum von bis zu 18 Monaten in Haft zu halten.

Die vorgenannten Bestimmungen verletzen unter anderem das Recht der Kläger*innen, nicht allein zum Zweck der Prüfung ihres Asylantrags inhaftiert zu werden.²² Sie vernachlässigen die Tatsache, dass die Inhaftierung als außergewöhnliche Maßnahme zur Einschränkung der persönlichen Freiheit anzusehen ist (ex-Artikel 13 der Verfassung). Darüber hinaus verstößt die Einführung einer Finanzgarantie gegen die EU-Richtlinie über die Aufnahme von Asylsuchenden²³ und die Justiz hat sofort auf die Verfassungswidrigkeit und Unvereinbarkeit mit dem europäischen Recht hingewiesen. Nun hat der Kassationsgerichtshof (höchster italienischer Gerichtshof), der zurzeit über Klagen des Innenministeriums gegen die Nichtanerkennung von Inhaftierungen unter den vorgenannten Bestimmungen entscheidet, die Frage der Auslegung des EU-Rechts dem Europäischen Gerichtshof zur Vorabentscheidung vorgelegt.²⁴

²¹ Dekret vom 14. September 2023, das im Einvernehmen zwischen dem Innenministerium, dem Justizministerium und dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen erlassen wurde; Art. 2.

²² Art. 6, co. 1 D. Lgs 142/2015

²³ Artikel 8 und 9 der Richtlinie 2013/33/EU.

²⁴ Sezione unite, Anhörung am 30/01/2024.

Fazit

Diese gesetzgeberische Maßnahme trägt weder den Bedürfnissen der Migrant*innen noch der Gewissheit in Bezug auf die Bestrafung oder der Bewältigung des Migrationsphänomens Rechnung, auch wird sie den internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Grundrechte, unserer Verfassung und der Rechtsstaatlichkeit nicht gerecht. Die Rhetorik gegen die so genannten Schlepper*innen, bei denen es sich oft um Migrant*innen und Asylsuchende handelt, die wie Tausende andere versuchen, Europa zu erreichen, passt zu einer auf Recht beharrenden Haltung, die Gefängnisse und Inhaftierung anstelle von Freiheit und Rechten bevorzugt.

Dieser Bericht hat gezeigt, wie der Untergang der *Summer Love* und der Tod von mindestens 105 Menschen durch ein Versäumnis bei der Rettung verursacht wurde. Dies ereignete sich trotz der Präsenz von Luft- und Seekräften der italienischen Vollzugsbehörden und der europäischen Agentur Frontex.

Es wurde auch aufgezeigt, dass die Ermittlungen zu der schweren unterlassenen Hilfeleistung noch andauern und bereits sechs Verdächtige identifiziert wurden. Darüber hinaus geht es in den Verfahren gegen die fünf Personen, die beschuldigt werden, Teil der Besatzung gewesen zu sein, nicht um die Anschuldigung der Ausbeutung von Migrant*innen oder darum, ihren Tod verursacht zu haben, sondern vor allem um den Vorwurf, die unerlaubte Einreise von Überlebenden erleichtert zu haben. Wir haben gesehen, wie die Regierung eine Zivilklage gegen die ausländischen Angeklagten eingereicht hat, in der sie Millionen von Euro von mittellosen Menschen für die Kompensation des Schadens im Tourismus und des Images fordert. Hinzu kommen die unerfüllten Versprechen, die die Regierung den Familien der Opfer gemacht hat, die wie viele Überlebende noch immer auf einen sicheren Rechtsstatus warten. Schließlich wurde beschrieben, wie dieselbe Regierung ein Anti-Migrant*innen-Gesetz einführte, das die Menschen kriminalisiert und prekarisiert, anstatt sie zu schützen: ein Gesetz, das den Namen des Schiffbruchs missbraucht und seine Opfer bestraft.

In diesen Tagen, in denen sich ganz Italien an diesen schrecklichen und tragischen Tag vor einem Jahr erinnert, bekräftigen wir gegenüber allen Institutionen die Notwendigkeit, sich dafür einzusetzen, dass die gerechten Forderungen der Überlebenden und der Familien der Opfer erfüllt werden. Wir fordern, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um weitere Schiffbrüche zu vermeiden, angefangen bei der Öffnung der Grenzen und dem Ende dieses beschämenden Kapitels in der italienischen Geschichte, das auf Abschottung, Ablehnung und Diskriminierung ausgerichtet ist. Stattdessen müssen wir uns auf die Werte der Freiheit und des menschlichen Lebens besinnen, die unserer Vereinigung und der italienischen Verfassung zugrunde liegen.

Übersetzung aus dem Italienischen von Susanne Privitera, Michela Farina

Redaktionell überarbeitet von borderline-europe, Außenstelle Sizilien

Fotos von Clara Archibugi